

Reg.-Nr. 173 - 17



SPD GRÜNE
FRAKTION
PLAUEN

SPD GRÜNE FRAKTION PLAUEN
Unterer Graben 1, 08523 Plauen

An
Stadt Plauen
Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer



Unterer Graben 1
08523 Plauen
Fon: 03741 291 1039
Fax: 03741 291 31039
spd-gruene-fraktion@plauen.de

BENJAMIN ZABEL
FRAKTIONSVORSITZENDER
Mob: 0151 230 40 764
Benjamin.zabel@spd-plauen.de

Plauen, den 18.01.2017

Änderungsantrag zur Reg.-Nr. 155-2016 (SPD/Grüne-Fraktion) an den Stadtrat der Stadt Plauen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der SPD/Grüne-Fraktion reiche ich nachfolgenden Änderungsantrag zum Antrag zum Haushaltsplanentwurf 2017 der Stadt Plauen, Reg.-Nr. 155-2016, der SPD/Grüne-Fraktion ein.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die lfd. Nummer 5 des Beschlussvorschlages wird vollständig ersetzt durch:

„Der Oberbürgermeister der Stadt Plauen wird beauftragt, beim Landratsamt des Vogtlandkreises Bedarf für die Abordnung eines/r Integrationskoordinators/in anzumelden. Die Umsetzung soll zeitnah erfolgen. Der Verwaltungsausschuss soll über die weitere Vorgehensweise informiert werden.“

Begründung:

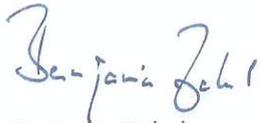
Rund zwei Drittel der Asylsuchenden im Vogtlandkreis leben in der Stadt Plauen. Mit den sogenannten Integrationskoordinatoren hat das Sächsische Staatsministerium für Gleichstellung und Integration den Landkreisen die Möglichkeit geschaffen, ihre Städte und Gemeinden mit Personal auszustatten, die die Koordinierung der Integrationsarbeit jenseits der Fragen Unterbringung, Sprachkurse, Gesundheit und Arbeitsmarktintegration übernehmen können.

Die Staatsministerin für Integration und Gleichstellung umschreibt die Aufgaben wie folgt: „Zur Unterstützung der Amts- und Verantwortungsträger in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sollen den Kommunen bei den Landkreisen kommunale Integrationskoordinatoren an die Seite gestellt werden. Deren Aufgabe soll es sein, die Gemeinden des Kreises bei der Bewältigung der Unterbringung und Integration vor Ort zu beraten, z.B. als Anlaufstelle für alltägliche Anliegen oder die Sammlung und Bündelung von Integrationsangeboten. Sie entlasten damit vor allem die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in den aufnehmenden Gemeinden. So sollen beispielsweise Vereine und ehrenamtliche Helfer besser vernetzt werden und deren Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Stellen z.B. Krankenhaus, Agentur für Arbeit, Polizei, Behörden gefördert und unterstützt werden. Der kommunale Integrationskoordinator soll auch die Kreisverwaltung entlasten, indem er Anfragen

bzw. Anliegen an die Verwaltung im Vorfeld erledigt. (siehe Maßnahmen zum Integrationspaket vom 4. März 2016).“

Der Landkreis hat vier Koordinatorenstellen beantragt und bewilligt bekommen. Die Stadt Bad Elster kann hier als Vorbild dienen. Diese konnte durch einen solchen Koordinator die Integrationsarbeit vor Ort absichern.

Mit freundlichen Grüßen



Benjamin Zabel
Fraktionsvorsitzender